

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohndorf, Adlig, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rüdelsdorf, Ortmannsdorf, Röllchen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermüllern, Aufschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

Nr. 6.

Verbreitete Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk.

59. Jahrgang.  
Sonntag, den 9. Januar.

Haupt-Insertionsorgan  
im Amtsgerichtsbezirk.

1909.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwilchauerstr. Nr. 5 b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die Sonntagsblätter mit 10, für auswärtsige Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Reklamanzahl 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 50 Pf. Sonntags-Beilage Nr. 7. Inseraten-Nachnahme täglich bis Spätkontosturm vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Buchmacherin Hedwig verw. Schmidt geb. Böller in Callenberg sind die Gläubiger über die beschlossene Einstellung des Verfahrens wegen Ungültigkeit der Masse zu hören. Hierzu wird eine Gläubigerversammlung auf den

21. Januar 1909, 1/2 12 Uhr vormittags

einberufen.

Lichtenstein, den 7. Januar 1909

Königliches Amtsgericht.

Die Volksbibliothek zu Callenberg

Montags von 2—3, Mittwochs und Sonnabends 11—12 Uhr geöffnet.

## Stadtparität Callenberg

verzinst alle Einlagen mit

8 1/2 %

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewilligten Sparanlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabends von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

## Das Wichtigste.

Die erweiterte Gesetzgebungs-Deputation der Ersten sächsischen Kammer hat sich nunmehr auf die Grundzüge des neuen Wahlrechts festgelegt. Danach ist das neue Wahlrecht auf dem Prinzipien aufgebaut worden, und zwar mit einem Rücksicht auf drei Gesichtspunkte.

Die zweite sächsische Kammer hat gestern ihre 18te Sitzung nach den Weihnachtstagen abgehalten. Auf der Tagesordnung standen Petitionen.

Infolge der neuerlichen Erdbeben in Messina ist dort abermals eine Feuersbrunst ausgebrochen.

Die deutschen Kreuzer *Dertha* und *Bikera* sind nach Beendigung ihrer nunmehr überflüssig gewordenen Dienstleistung bei Messina nach Korfu gegangen und dort gestern eingetroffen.

## Nochmals des Kaisers Neujahrsansprache an die Generale.

„Englische Blätter haben sich um die Jahreswende besonders eifrig mit Kaiser Wilhelm beschäftigt, und da das Verhalten des Monarchen keinen Stoff für Sensationsberichterstattung bietet, greift man zu Erfindungen. So heißt es in einer Londoner Zeitung, der Kaiser habe mit dem Reichskanzler eine Rede vereinbart, die zu Neujahr vor den kommandierenden Generälen gehalten worden sei. In Wahrheit hat aber der Kaiser überhaupt keine politische Neujahrsansprache gehalten. Ferner beunruhigt sich ein englischer Journalist über das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler mit der hochpolitischen Begründung: Fürst Bülow habe nichts zu Weihnachten bekommen. Dieser Zweifel kann gelöst werden: Der Monarch hat seinem Kanzler ein Bild zum Geschenk gemacht. Ausstellungen über ein gemindertes Einkommen oder auch scharfer über Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen der Krone und dem Leiter der amtlichen Politik sind an gewissen Stellen wieder sehr beliebt. Neat ist daran nur der Wunsch, es möchte eine Bestätigung geben. Dieser Wunsch ist weit verbreitet. Bald schüttet die National-Review ihr Herz gegen den Kanzler aus. Bald erhob sich im *Figaro* ein den Richter eingeweihten unverständliches Geschrei. Auf das sinnreiche Farnese-Bildnis zwischen reichsdeutschen Parteiorganen und einigen österreichischen Blättern hat am Sonntag die *Worldeutsche Allgemeine Zeitung* aufmerksam gemacht. Der Ursprung dieser Treibereien ist so wenig in Dunkel gehüllt, wie das Ziel: Einen Kanzlerwechsel herbeizuführen.“

So weit die offiziöse Süddeutsche Reichs-Korrespondenz Absichtlich haben wir, unserem Vorjabe treu, die Version des Kaisers, dem man die nötige Ruhe gewähren sollte, möglichst aus dem Spiele zu lassen, vor den Dingen kein Aufhebens gemacht, die sich vor acht Tagen und nachher in Potsdam zugetragen haben sollten. Erst wollte die *Tägliche Rundschau*, dann das *Berliner Tageblatt*, hierauf die *B. Z.* am Freitag das genaueste erfahren haben; ein großer Teil der deutschen Presse bemächtigte sich — meist ägernd — des sensationellen Stoffes; und schließlich kam, wie die Spitze dieses Artikels zeigt, die offiziöse Berücksichtigung und Beschwichtigung. Jetzt müssen wir,

notgedrungen, von der Sache nochmals Notiz nehmen.

Der Artikel des Grafen Schlieffen ist unseren Lesern im weitestlichen bekannt. Der kaiserliche Hinweis darauf und die Art der Veröffentlichung eben dieses Hinweises haben zwei Angriffspunkte, einen formellen und einen sachlichen. Zunächst ist wohl anzunehmen, daß der Kaiser nichts dagegen hatte, daß von seiner Ansprache das Wichtigste, das heißt die Empfehlung der Schlieffen'schen Ausführungen, bekannt werde. War die gewählte Form die richtige? Das kann man billig bezweifeln. Denn ungelöst bleibt das Hauptproblem: War der verantwortliche Reichskanzler damit einverstanden, und bedarf sich der ganze Vorgang mit den Versicherungen vom 17. November? Aber selbst davon abgesehen, so wie man nach der materiellen Seite hin ebenfalls schwere Bedenken nicht unterdrücken können: sie gipfeln in der Befürchtung, ob der gegenwärtige Zeitpunkt bernien war, eine derartige hochpolitische Kundgebung — denn das ist sie geworden — ergehen zu lassen. In der Tat sind die Gedanken, die man sich auf Grund der *Vektüre* der allmählich einlaufenden deutschen und auswärtigen Stimmen von der Lage Deutschlands und Kaiserlich-Lugarns machen muß, nicht geeignet, uns sorgenlos in die Zukunft schauen zu lassen. In aber der Pessimismus, der aus allem irdicht, berechtigt, dann gilt es auch, die einzige Folgerung daraus zu ziehen, die unserer Nation würdig ist: Zeit bleiben!

Die Hamburger Nachrichten erhalten aus Berlin ein Privattelegramm von anscheinend gut unterrichteter Seite, wonach der Kaiser nur die militärischen Abschnitte des Auftrages in seiner Kritik mit herangezogen und sich zu den gleichen Anschauungen bekannt habe. Die Annahme, der Kaiser habe den ganzen Aufsatz Schlieffen's mit Einschluss der politischen Bemerkungen gelesen und daraufhin die Versicherung des unveränderten Vertrauens der Generale entgegen genommen, sei vollkommen irrig. Es habe sich überhaupt nur um eine durchaus dienstlich militärische Besprechung gehandelt. — Damit vereinfacht sich die Angelegenheit in erfreulicher Weise. Immerhin bleibt die Frage offen: Wer hatte Interesse daran, daß die falsche Auffassung veröffentlicht und zwei Tage lang ungehindert kommentiert worden ist? Es ist ein eigenartiges Schicksal, daß gerade der deutsche Kaiser so oft unter der Judisdiscretion derer, denen er seine Anichten anvertraut, zu leiden hat.

## Deutsches Reich.

### Dresden. Das neue Wahlrecht ist fertig!

In der gestrigen Sitzung der erweiterten Gesetzgebungs-Deputation der Ersten Kammer, der wiederum eine längere Berührung mit dem Präsidium und den Fraktionsführern der Zweiten Kammer vorausgegangen war und die bis abends in die achte Stunde währte, wurde grundsätzliche Einigung in der Deputation darüber erzielt, daß von den seitens der Deputation in Aussicht genommenen verschiedenen Formen der Wahlrechtsänderungen das Plural-

wahlrecht der Reform zu Grunde zu legen sei. Dies soll geschehen, unter Vermehrung schroffer Gegenstände in der Zuteilung der Zusatzstimmen, dem entsprechend in einer mäßigen Abmilderung derselben und einer gerechten Berücksichtigung der Lebensstellung der Wähler. Maßgebend für die Zusatzstimme ist die Selbstständigkeit — Wahlrecht zur Gewerbetätigkeit und zum Landbesitz — die Anzähligkeit, die Fortbildung, die feste Anstellung, das Einkommen und das Alter. Die höchste Zahl der Zusatzstimmen wurde auf drei festgesetzt. Eine Vermehrung der Wahlkreise soll dadurch erfolgen, daß den drei großen Städten je zwei neue Wahlkreise zugeteilt werden und daß aus 6 besonders großen und stark bevölkerten ländlichen Wahlkreisen neun gebildet werden. Die Zahl der Abgeordneten wird dadurch auf 91 erhöht. Von der Einführung der Verhältniswahl in den großen Städten soll abgesehen werden, dagegen wurde die regelmäßige Integral- Erneuerung der Kammer nach Einführung des neuen Wahlgesetzes beschlossen. Die Deputation wird nunmehr am Sonntag, den 9. dieses Monats, in die spezielle Beratung des demgemäß abgeänderten Gesetzesentwurfes eintreten. — Das neue sächsische Wahlrecht wird hiernach also ein reines Pluralwahlrecht sein. Die Zahl der Abgeordneten soll künftig 91 betragen. Die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes nach in der kurzen Zeit bis zum 22. Januar erscheint nunmehr ganz sicher, da die Regierung unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeiten sich für den Vorschlag ausgesprochen hatte. Die Erste Kammer wird ihm voraussichtlich fast einmütig beitreten, und in der Zweiten Kammer ist auf Grund der geheimen Fraktionsberatungen der letzten Tage die Zweidrittelmehrheit gesichert. Nach oberflächlicher Schätzung läßt sich annehmen, daß die Sozialdemokraten nach diesem Wahlrecht etwa 10 bis 12 Vertreter in die Zweite Kammer entsenden werden.

**Berlin.** Die kaiserlichen Behörden machen jetzt gemeinsame Sache mit den Deutschen gegenüber den rüberischen Diktatoren. Eine große Anzahl Diktatoren sind den Deutschen ausgeliefert worden. Wären die kaiserlichen Behörden dasselbe — eigentlich selbstverständliche — Verfahren schon vor längerer Zeit geübt, so wäre der Diktatorenaufland sehr viel schneller beendet worden.

Der russische Minister des Äußeren Nowostki ist als Postminister für Berlin in Aussicht genommen.

Die *Coambrofrage* tritt durch die im *Coambroland* herrschende Hungersnot einmal wieder in den Vordergrund. Wir wiesen schon kürzlich auf die Wichtigkeit der Sache hin. Aber leider scheint es, als ob es mit einem energischen Eingreifen noch gute Weile hat. Die unter dem Erfolge des Frankfurter Zuges in sichere Aussicht gestellte Residentur scheint endlich ausgegeben zu sein. Herr Dernburg hat es ja nach seiner Rückkehr ziemlich deutlich geäußert.